



## **Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

03.04.03

Ergebnisse der Fraktionsklausurtagung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Presseerklärung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich im Rahmen ihrer Fraktionsklausur am letzten Wochenende mit politischen Schwerpunkten bis zur Kommunalwahl beschäftigt.

Die Fraktion hat folgende Themen als Schwerpunkte unserer politischen Arbeit bis zur Kommunalwahl festgelegt.

#### 1. Kinder- und Jugendpolitik:

- Ganztagsbetreuung / Betreuung der unter 3-jährigen. Uns geht es dabei um eine Neuorganisation der Ganztagsbetreuung, die sich einerseits an qualitativ guten Standards orientiert, andererseits ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung stellt.
- Jugendarbeitslosigkeit: Ende 2002 gab es 350 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die Zahl der Ausbildungsstellen verschlechtert sich weiter. Schon jetzt ist klar, dass sich das Niveau des Jahres 2002 nicht halten lassen wird. Insgesamt wird die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen um 8% auf ca. 4.400 Jugendliche in Dortmund ansteigen. Wir werden analog zum Dortmund-project und zu den zahlreichen Masterplänen, die zur Zeit bearbeitet werden einen Masterplan Jugend vorschlagen, um die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure zu verbessern und das Geflecht zwischen Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt, IHK und Wirtschaft im Sinne der Jugendlichen effizienter zu gestalten.
- Die Thematik umfasst eine weitere Befassung mit dem Standort des Kinder- und Jugendtheaters, für dessen dauerhaften Erhalt wir uns einsetzen werden.
- Ein weiteres Thema ist die Situation von MigrantInnenkindern in dieser Stadt, die im vorschulischen und schulischen Bereich besonderer Förderung bedürfen.

#### 2. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:

- Hartz und die Konsequenzen: Wir werden die aktuellen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene sowie die kommunalpolitischen Konsequenzen kritisch und konstruktiv begleiten. Ziel muss es sein, die sozial Benachteiligten nicht per Definition

### **Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

auszugrenzen und ihnen jegliche Chance zu nehmen, aktiv am Erwerbsleben teilzunehmen. Die Arbeitslosen in Dortmund und anderen strukturschwachen Regionen müssen mehr und nicht weniger Möglichkeiten haben, sich zu qualifizieren und neu zu orientieren. Dabei geht es unter anderem auch um die Frage, inwieweit der kommunale Haushalt tatsächlich entlastet wird.

Konkret bedeutet das:

- Wir werden kurzfristig (vor der Sommerpause) eine Konferenz mit den freien Trägern für Qualifizierung und Beschäftigungsförderung organisieren, um die Folgen der bundespolitischen Reformen abzuschätzen und Vorschläge für die Zukunft der Beschäftigungsförderungslandschaft in Dortmund entwickeln. Dabei werden wir die Vorschläge der Memorandum-Gruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ aufgreifen.
- Wir haben mit dazu beigetragen, dass im Juni eine Sonderdelegiertenkonferenz der GRÜNEN zu den aktuell diskutierten sozialpolitischen Themen stattfindet. Wir werden uns an dem Diskurs über die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Konsequenzen intensiv beteiligen.
  
- Situation der Behinderten in Dortmund: Nach dem Beitritt der Stadt Dortmund zur Erklärung von Barcelona werden wir verstärkt die sich daraus ergebenden Konsequenzen einfordern. Dies gilt unter anderem für den Bereich Integration von behinderten SchülerInnen insbesondere in der Sekundarstufe 1, für bauliche Maßnahmen im Sinne der Barrierefreiheit, für Behindertenberatung und Behindertenvertretung, Mobilität sowie den Bereich der Pflege und sonstigen Hilfen.
  
- SeniorInnenpolitik: Die zunehmende Anzahl von SeniorInnen stellt neue Herausforderung an Kommunalpolitik. Die Schaffung zusätzlicher Plätze in SeniorInnen- und Pflegeheimen reicht bei weitem nicht aus, um dem Problem gerecht zu werden. Wir werden verstärkt auf die Verwirklichung von Ansätzen wie „living assistenz“ hinwirken, die dem Prinzip „ambulant vor stationär“ gerecht werden.

### **3. Ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung:**

- Flächennutzungsplan: Bis zur Verabschiedung des Flächennutzungsplanes werden wir uns dafür einsetzen, dass ökologisch kritische Flächen nicht in Anspruch genommen werden. Dies gilt sowohl für Verkehrsflächen (Uni-Südtangente, OW IIIa) als auch Gewerbeflächen (Groppenbruch) und Wohnbauflächen (Tulpenstrasse).
  
- Vorrang für regenerative Energien: Der Anteil regenerativer Energien in Dortmund muss erhöht werden. Hier muss im Sinne der Nachhaltigkeit in anderen Zeitperspektiven für die Amortisierung von entsprechenden Anlagen nachgedacht werden. Wir werden vorschlagen, dass für das Gebiet Phoenix-West ein alternatives Energiekonzept im Sinne eines Modellprojektes zur Umsetzung gebracht wird. Neue rechtliche Möglichkeiten (Anschlusszwang für Wohngebiete) können ebenfalls als Chance für die Ausweitung der Nutzung regenerativer Energien genutzt werden.



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**